



**Protokoll der 13. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld  
vom Mittwoch, 16. September 2020, 18:00 Uhr im Rathaus**

**Vorsitz:** Gemeinderatspräsident Elio Bohner

**Namensaufruf:** 32 anwesende Mitglieder

**Entschuldigt:** Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott, Gemeinderätin Susanna Dreyer, Gemeinderat Sandro Erné, Gemeinderätin Félicie Haueter, Gemeinderat Peter Hausammann, Gemeinderat Christian Mader

**Mitanwesend:** Stadtpräsident Anders Stokholm, Vizepräsidentin Elsbeth Aepli Stettler, Stadträtin Barbara Dätwyler Weber, Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Stadtrat Andreas Elliker

**Gemeinderatssekretär:** Giuseppe D'Alelio

---

**Traktanden**

- 64 Mitteilungen
- 65 Protokoll der 12. Sitzung vom 19. August 2020
- 66 Botschaft Nr. 14 betreffend «Baukredit Neubau Hallenbad Frauenfeld zum Nettokredit von 39,338 Mio. Franken, Baukredit Saunabereich zum Nettokredit von 2,666 Mio. Franken, Nachtragskredit für vertieftes 'Vorprojekt plus' von 372'742 Franken»  
*Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung*
- 67 Botschaft Nr. 13 betreffend «Anpassung des Zonenplans im Bereich der Liegenschaft Nr. 50949, Oberwiesenstrasse sowie der Liegenschaft Nr. 50248, Maiholzstrasse»  
*Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung*

---

**Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):** Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter: Die farbenfrohe Jahreszeit naht. Nicht nur hier im Fenster, nein, vergangenes Wochenende durften wir bei herrlichstem Spätsommerwetter das Herbst- und Erntefest in Frauenfeld feiern. Beim Gedanken daran habe ich mich auf die roten und gelben Blätter an den Bäumen gefreut und mich im nächsten Gedanken voller Vorfreude und mit Rot im Kopf an diesem Wochenende erfreut, weil die Eishockeymeisterschaft startet.

Mit beginnendem Herbst geht der Blick vom Freibad auch langsam in Richtung Hallenbad – damit sind wir auch bereits beim heutigen Thema. Dieses Bad soll einem Neubau weichen, geht es nach der uns vorliegenden Botschaft. Dieses Bad, das 1884 erbaut und 1922 – damals noch als Frauenbadi – und 1923 ausgebaut sowie 1929 um eine Männerbadi erweitert wurde – alles noch draussen – ist nachfolgend noch einige Male umgebaut, ausgebaut und später auch durch eben dieses Hallenbad ergänzt worden, welches auch noch zwei oder drei Mal angefasst wurde von den Bauherren. Heute diskutieren wir hier nicht über die Geschlechtertrennung in Bädern, darüber sind wir hinweg, sondern über einen Neubau am aktuellen Standort. Ich wünsche Ihnen, geschätzte Gemeinderäte, frohes Debattieren und Ihnen, geschätzte Zuschauer auf der Galerie, eine spannende Sitzung.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Gemeinderatspräsident fest, dass 32 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Der Rat ist somit beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 17.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Art. 23b des Geschäftsreglements des Gemeinderats zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

Soeben ist Gemeinderat Ivo Begic eingetroffen. Es sind nun 33 Mitglieder des Gemeinderats anwesend, das absolute Mehr beträgt weiterhin 17.

**Gemeinderätin Salome Scheiben (CH), Referentin im eigenen Namen:** Ich möchte gern eine persönliche Erklärung gemäss Art. 36 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat abgeben. Ich habe mich auch mit Frau Barbara Dätwyler und Elio Bohner abgesprochen und es ist mir wichtig, heute Abend ein paar Worte an Sie zu richten.

Wer mir auf Facebook folgt, hat es schon bemerkt, die Flüchtlingskrise auf Lesbos lässt mich nicht kalt. Diese Katastrophe zeichnete sich schon lange ab und hat jetzt mit dem Feuer im Flüchtlingslager Moria ihren vorläufigen tragischen Tiefpunkt erreicht. Wir sollten alle darum besorgt sein, dass die Katastrophe nicht noch weitergeht, dass dies wirklich der Tiefpunkt war und dass jetzt endlich gehandelt wird. Ich weiss, wir sind nur eine kleine Stadt, nur ein kleines Puzzleteil eines grossen Ganzen. Man kann die Verantwortung abschieben und sich hinter rechtlichen Grundlagen verstecken. Man kann sagen, man habe die Pflicht erfüllt, das Soll erreicht, getan, was man konnte. Ja, es ist nicht an uns, hier alles auf den Kopf zu stellen, aber auch der Kanton drückt sich und der Bund und die ganze EU. Wir sitzen hier in unserem Luxus und versuchen, die Verantwortung abzuschieben, uns einzureden, dass wir schon alles gut und richtig machen. Zur gleichen Zeit leiden unzählige Menschen Hunger, haben Angst, keine Perspektive. Menschen sterben, weil wir es zulassen. Das passiert jetzt in Europa. Ich will nicht einfach zusehen und ich weiss nicht wirklich, was ich machen kann. Was ich aber zumindest tun kann, ist, den Mund aufzumachen und laut zu sagen: Evakuieren. Jetzt. Leave no one behind. Was ist mit unserer hochgelobten humanitären Tradition? Wollen wir uns auf dieser Tradition ausruhen und stolz darauf sein, dass die Schweiz immerhin 20 – ja, Sie hören richtig – nur 20 Kinder und Jugendliche aus Lesbos aufnimmt und ein paar Decken und Zelte nach Griechenland liefert? Für

mich reicht das nicht. Ich finde, das ist eine Schande. Und ich weiss nicht, ob diese Erklärung hier in diesen Rat gehört, aber ich kann nicht einfach hier sitzen, ohne auf diese Missstände hinzuweisen. Wir müssen laut sein und wir müssen Gerechtigkeit und Solidarität einfordern, und zwar jetzt und schnellstmöglich. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

**64**

## **MITTEILUNGEN**

### **Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):**

1. An Ihren Plätzen liegen auf gelbem Papier ausgedruckt die Korrekturen für das Protokoll der Sitzung vom 19. August 2020 auf, wozu wir nachher zu sprechen kommen.
2. Mit Schreiben vom 27. August 2020 teilte Gemeinderat Thomas Gemperle seinen Rücktritt per 31. Oktober 2020 aus dem Gemeinderat mit. Der Rücktritt wurde vom Stadtrat mit Beschluss Nr. 212 am 1. September 2020 genehmigt und die Stadtkanzlei beauftragt, das Ersatzwahlverfahren einzuleiten. Wir freuen uns, Thomas nochmals bei einer weiteren Sitzung im Oktober dabeizuhaben.
3. Mit Beschluss Nr. 217 vom 1. September 2020 beantwortete der Stadtrat die einfache Anfrage «Wahlbetrug in Frauenfeld – wie gehen die Verantwortlichen damit um?» der Gemeinderäte Leuthold und Pöll.
4. Mit Beschluss Nr. 225 vom 8. September 2020 beantwortete der Stadtrat die einfache Anfrage «Auswirkungen des Lockdowns auf das Gewerbe der Stadt Frauenfeld und allfällige Unterstützungsmassnahmen durch die Stadt» der Gemeinderätinnen Bernhard und Brenner.
5. Mit Beschluss Nr. 226 vom 8. September 2020 beantwortete der Stadtrat die einfache Anfrage «Reputationsmanagement auf Social Media» von Gemeinderat Ralf Frei.
6. Mit der Botschaft Nr. 15 vom 8. September 2020 beantragt der Stadtrat die Genehmigung des Reglements über den Fonds zur Minderung der negativen Auswirkungen von COVID-19 auf die örtliche Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben der Stadt Frauenfeld.
7. Das nächste Parlamentariertreffen findet, wie Sie bereits per Mail erfahren haben, am Dienstag, 8. Juni 2021 ab 15.30 Uhr in Kreuzlingen statt.
8. Die nächste Sitzung vom 28. Oktober 2020 dient wiederum als Fragestunde. Bitte denken Sie an die frühzeitige Eingabe der Fragen, vorzugsweise per E-Mail bis spätestens am 19. Oktober 2020. Wiederum wird der Kinderrat präsent sein und seinerseits zu Beginn ein paar Fragen stellen.

**65**

## **PROTOKOLL DER GEMEINDERATSSITZUNG VOM 19. AUGUST 2020**

**Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):** Das Protokoll der Sitzung vom 19. August 2020 wurde am 26. August 2020 im Dossierbrowser aufgeschaltet. Es sind folgende Änderungen oder Ergänzungen gemäss Tischaufgabe eingegangen: Auf Seite 254: Es wird nämlich vor allem gesagt, was heute nicht gemacht werden kann und da ist das «nicht» entscheidend. Dann gab es eben eine Ernüchterung und keine Erleichterung auf Seite 255. Dann die zahnlosen Massnahmen und nicht die zahllosen. Und auf Seite 265 wurde klargestellt, dass die Fraktion SVP/EDU auch den Antrag 2 der GPK unterstützt. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll vom 19. August 2020 gewünscht? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist das Ratsprotokoll nun stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich beim Ratssekretär und allen Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

66

**BOTSCHAFT NR. 14 BETREFFEND «BAUKREDIT NEUBAU HALLENBAD FRAUENFELD ZUM NETTOKREDIT VON 39,338 MIO. FRANKEN, BAUKREDIT SAUNABEREICH ZUM NETTOKREDIT VON 2,666 MIO. FRANKEN, NACHTRAGSKREDIT FÜR VERTIEFTES 'VORPROJEKT PLUS' VON 372'742 FRANKEN»**

**Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):** Dem Gemeinderat wurde am 16. Juli 2020 vom Stadtrat die Botschaft Nr. 14 betreffend Baukredit Neubau Hallenbad vorgelegt. Wir kommen zum Eintreten.

*Eintreten*

**Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen:** Für die GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen ist die Notwendigkeit eines Hallenbads für Frauenfeld und auch die Dringlichkeit eines Neubaus unbestritten. Die GPK ist einstimmig für Eintreten.

**Gemeinderat Beda Stähelin (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP:** Vorweg: Unsere Fraktion hat grosse Freude am vorliegenden Projekt. Doch Freude allein reicht bekanntlich nicht. Wir leben in Zeiten, in denen annähernd jede politische Frage primär oder zumindest auch unter dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit beleuchtet wird. Weiter gilt es, mit den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln sorgsam umzugehen. Im Zuge der Corona-Pandemie und deren Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft erst recht. In diesen Zusammenhängen auch in diesem Rat oft gehört: Das Schlagwort ist Verzicht. Und mit Verzicht hat der geplante Hallenbadneubau herzlich wenig zu tun. Wir sprechen immerhin von Nettoinvestitionen in der Höhe von rund 40 Mio. Franken und einem jährlichen Betriebsdefizit von voraussichtlich 2 Mio. Franken. Und was die Umweltdiskussion anbelangt, werden die CO<sup>2</sup>-Emissionen durch den Neubau zwar ganz erheblich reduziert, zugleich wird aber der Stromverbrauch um den Faktor 1.5 zunehmen. Ganz grundsätzlich wird niemand ernstlich behaupten können, dass ein Hallenbad eine Wohltat für die Umwelt ist, aber – und das ist grundsätzlich der springende Punkt – für unsere Stadt und ihre Einwohner. Letztlich geht es schlicht und einfach um eine Interessensabwägung, und diese ist in unserer Fraktion zu Gunsten des Hallenbadneubaus ausgefallen. Wir sind der Meinung, dass die offensichtlichen Vorteile eines zeitgemässen Hallenbads, namentlich die Attraktivierung der Stadt Frauenfeld für Einheimische wie Auswärtige, aber auch der Aspekt der Gesundheitsförderung die nicht wegzudiskutierenden Nachteile oder die negativen Seiten des Projekts doch überwiegen. In diesem Sinn unterstützen wir das zur Diskussion stehende Projekt und sind für Eintreten.

*Detailberatung*

**Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen:** Die GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen hat sich in vielen Sitzungen, in dieser Legislatur sind es schon zehn inklusive eines zusätzlichen Heimstudiums während der Corona-Zeit mit dem Neubau des Hallenbads befasst. In den letzten zwei Sitzungen wurde zudem der Präsident der GPK Bau und Werke, Stefan Geiges, als im Bau kompetenter Berater beigezogen. Über diesen Zeitraum und über diese vielen Sitzungen beschäftigten uns viele Themen und Fragen, die auch in der Botschaft natürlich angesprochen und erklärt werden. Wir hätten uns unter anderem eine bedeutende finanzielle Beteiligung der Gemeinden in der Region Frauenfeld gewünscht. Als sich eine solche nicht abzeichnete, diskutierten wir über die Konsequenzen der Preisgestaltung. Das Thema wird in der Botschaft angesprochen.

Weiter war die Erschliessung des Bads immer wieder ein Thema. Für Fahrräder ist sie zufriedenstellend, für Fussgänger mit ÖV und Individualverkehr wurde verschiedentlich eine bessere Be-

schriftung bzw. ein Parkleitsystem, wenn nicht sogar bessere Parkierungsmöglichkeiten gefordert.

Intensiv diskutierten wir natürlich die Frage der Sauna, ob eine Betreibung der Sauna durch die Stadt sinnvoll ist und ob das eine Aufgabe der Stadt ist. Und dann auch rechtlich, ob der Entscheid gegen eine Fremdbetreibung der Sauna rechtens kommuniziert und beschlossen wurde. Wir werden zu diesem Thema wohl noch einige Fraktionsvoten zu hören bekommen. Eine Mehrheit der GPK ist der Meinung, dass wir dazu genügend Informationen erhalten haben und der Stadtrat nicht gegen die Vorgaben aus der Gemeinderatssitzung zum Projektkredit gehandelt habe. Letztendlich ist auch eine Mehrheit der GPK der Meinung, dass eine von der Stadt betriebene Sauna einen gewünschten Mehrwert darstellt. Sie stimmt daher dem Antrag 3 zur Finanzierung eines Saunabereichs mit 4 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung zu.

Wir beschäftigten uns in der GPK auch immer wieder mit Fragen rund um Energie und Nachhaltigkeit, auch wenn wir die genauen Pläne und Angaben dazu erst mit der Botschaft auf die Sitzung im August erhalten haben. Insbesondere an der Information im Hallenbad selber am 24. August 2020 erhielten die anwesenden GPK-Mitglieder gemeinsam mit den anwesenden Gemeinderäten ausführliche Informationen zu den verschiedenen Massnahmen zur Verminderung des Energieverbrauchs und der Nachhaltigkeit. Vieles davon hat uns überzeugt.

Die Situation der Angestellten und der Nutzer einerseits während der Bauphase, insbesondere auch der Vereine haben wir wiederholt angesprochen. Ein weiteres Thema, das uns immer wieder wichtig war, ist die Attraktivität des Bads und dazu konkret die gute Zugänglichkeit, die Erschliessung, die Preisgestaltung und die Öffnungszeiten. Es war in der GPK unbestritten, dass wir nicht nur einheimische Gäste, sondern auch eine grosse Anzahl auswärtige Gäste unbedingt brauchen, dass auch genügend Einnahmen generiert werden können, damit die Kosten für die Betreibung des Bads im Rahmen bleiben. Die geplanten Betriebskosten von 2 Mio. Franken sollten möglichst unterboten werden. Die Situation muss darum aufmerksam beobachtet und analysiert werden, wenn das neue Bad eröffnet ist. Das war ein grosses Anliegen in der Diskussion der GPK.

An der Sitzung im Mai beschäftigte uns schwerpunktmässig die Kostenerhöhung der Investitionen um 23 % auf gut 40 Mio. Franken gegenüber der Machbarkeitsstudie. Wie Sie in der Botschaft ab Seite 28 lesen können, werden sie da beschrieben und begründet. Kurz zusammengefasst kommen die Mehrkosten zusammen durch erstens das grössere Gebäudevolumen, das unter anderem zustande kommt durch einerseits die Berichtigung der Wasserfläche des Mehrzweckbads gegenüber der Machbarkeitsstudie, durch die Vergrösserung der Technikräume, welche unter anderem dadurch nötig wurden, weil auch die Technik des Freibads einbezogen wurde. Zweitens kommen die Mehrkosten zusammen durch den Abriss des Gebäudeflügels beim Freibad und die Integration der dort untergebrachten Geräte- und Personalräume. Es wurde somit der Perimeter des Bads gegenüber der Machbarkeitsstudie ausgeweitet. Dafür erhalten wir nun einen Bau, der kompakt ist und wo alles in einem Gebäude integriert ist. Weiter brachte der ergänzende Energiestandard Minergie Eco Mehrkosten sowie die gegenüber der Machbarkeitsstudie aufwendigere Technik, unter anderem auch wieder durch den Miteinbezug des Freibads.

Im Rahmen unserer Beratungen wurde uns schlüssig dargelegt, dass durch die vertiefte Planung im 'Vorprojekt plus' gemeinsam mit den Fachplanern diese Mehrkosten gegenüber der Machbarkeitsstudie gut begründet und sinnvoll sind. Es wurde uns dabei auch versichert, dass durch den Einbezug der Fachplaner mit ihrem Know-how die Kosten nun gut abgeklärt sind und auch realistisch sein sollten. Gerade deswegen störten sich einige der GPK-Mitglieder an der immer noch hohen – ich sage – Kostenungenauigkeit von +/- 15 %, auch wenn das in der Branche so üblich sein sollte. Von der GPK kam ganz stark auch das Votum, der Wunsch, die Anweisung – wie immer man das genau nennen soll –, dass die Kosten nun, wenn immer möglich, diese 40 Mio. Franken nicht überschreiten sollen.

Mit diesen Mehrkosten hängt auch der geforderte Nachtragskredit von gut 370'000 Franken zusammen, über den wir heute auch beraten. Es wird ab der Seite 50 in der Botschaft beschrieben, um was es da geht. Die Gleichung ist da ganz einfach. Ein teureres Projekt erfordert auch mehr Planungskosten. Es wurde uns gesagt und es ist hier auch beschrieben, die Honorare wurden entsprechend der SIA-Ordnung und -Gepflogenheiten berechnet. Nicht alle Mitglieder der GPK konnte allerdings das Argument überzeugen, dass die Verträge den SIA-Normen entsprechen müssen und darum zwingend so gegeben sind. Es blieb trotz einer rechtlichen Abklärung bei einigen GPK-Mitgliedern die Frage, ob die Vertragspartner für allfällige Kostenüberschreitungen nicht mehr in die Pflicht genommen werden können. Bei der jetzigen Ausgestaltung der Verträge liegt es dafür umso mehr am Stadtrat und am Departementsleiter, die Kosten gut im Blick zu behalten. Einige Mitglieder der GPK hätten sich gewünscht, dass wir schon an der Sitzung im Mai über die voraussichtlich höheren Planungskosten informiert worden wären, auch wenn die Zahlen da noch nicht definitiv verifiziert worden sind. Trotz dieser kritischen Einwände und Anfragen ist die GPK grundsätzlich überzeugt, dass mit dem 'Vorprojekt plus' eine gründliche Planung geleistet wurde und der Neubau des Hallenbads inklusive Erneuerung der Technik für das Freibad auf einem guten Weg ist, den wir gern unterstützen und begleiten. In dem Sinn danken wir auch Fabrizio Hugentobler und dem Amtsleiter und allen weiteren Involvierten ganz herzlich für ihre Arbeit.

Dem Nachtragskredit stimmt die GPK mit 5 Ja gegen 1 Nein zu, dem Kredit für den Neubau des Hallenbads stimmt die GPK einstimmig zu, dem Kredit für den Saunabereich wie schon erwähnt mit 4 Ja, 1 Nein und 1 Enthaltung.

Bei den Anträgen zu den Abschreibungen gab es wenig Diskussion. Die Abstimmung ist nach Meinung der GPK wohl eher eine Formsache. Den beiden Anträgen wurde einstimmig zugestimmt.

Zum Antrag 6 «Motion zur Parkierungsanlage» erlaube ich mir noch die Anmerkung, dass auf der Seite 12 der Botschaft fälschlicherweise mein Name unter den Motionären aufgeführt wird statt Susanna Dreyer. Im Antragstext ist es dann aber richtig. Diesem Antrag 6 wurde mit 5 Ja bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zur weiteren Begleitung des Neubaus durch die GPK, vorausgesetzt der Rat und das Volk stimmen dem Kredit zu: Dann wird die GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen rund alle drei Monate vom zuständigen Stadtrat und Amtsleiter über den Verlauf der Arbeiten informiert werden. Wir erwarten insbesondere bei Änderungen des Projekts, bei unerwarteten Mehr- oder auch Minderkosten, die darf es ja auch geben, eine zeitnahe Information. Und dann freuen wir uns alle, möglichst ohne Verspätung im Oktober 2023 ein gemeinderätliches Wettschwimmen oder Wettplanschen im neuen Bad zu veranstalten.

**Gemeinderat Beda Stähelin (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP:** Ich habe es bereits angetönt. Die CVP/EVP-Fraktion unterstützt das vorliegende Projekt im Grundsatz und wird dem Antrag 2 der Botschaft, also dem Kredit zur Finanzierung des Hallenbadneubaus folgerichtig einstimmig zustimmen. Aus dieser Zustimmung soll jetzt jedoch nicht der Fehlschluss gezogen werden, dass wir da wunschlos glücklich sind. Nicht ganz glücklich sind wir vorab mit der Parkplatzsituation. Die überwiegende Mehrzahl der Badegäste wird schon aus Gründen der Wegdistanz nicht zu Fuss oder mit dem Velo anreisen und die ÖV-Anbindung der Badi lässt bekanntlich etwas zu wünschen übrig. So bleibt für viele Nutzer nur die Anreise mit dem Auto und auf diese Kunden wird auch und erst recht das neue Hallenbad angewiesen sein. Entsprechend braucht es Parkplätze. In der Botschaft sind die zur Verfügung stehenden Parkiermöglichkeiten detailliert ausgewiesen. Seitens unserer Fraktion bestehen jedoch Zweifel, ob damit die Bedürfnisse der automobilisierten Badegäste auch vollends befriedigt werden können. Wenngleich die Gehdistanzen auf dem Papier durchaus erträglich erscheinen und es eigentlich auch wünschenswert wäre, wenn sich niemand von 200 oder 300 Metern Fussmarsch vom Badibesuch

abhalten liesse, sieht die Realität halt manchmal doch etwas anders aus. Hinzu kommt, dass es ja nicht nur genügend Parkplätze braucht, sondern dass diese auch leicht auffindbar sein müssen. Suchverkehr soll vermieden werden, wenn etwa der Parkplatz Talacker im Hochsommer wieder einmal vollgeparkt ist. Um dies zu gewährleisten, braucht es ein funktionierendes Parkleitsystem. Die Probleme betreffend Parkplatzsituation werden mit der Botschaft, wie sie uns vorliegt, nicht gelöst. Da ist es unsere Erwartung an das Tiefbauamt bzw. den zuständigen Stadtrat, dass diese Thematik nun mit Hochdruck angegangen wird, im Minimum was das erwähnte Parkleitsystem anbelangt.

Ein weiteres, in unserer Fraktion intensiv diskutiertes Thema sind wenig überraschend die Kosten. Dabei geht es uns nicht primär um die eigentlichen Erstellungskosten bzw. die erhebliche Kostensteigerung im Verhältnis zur Machbarkeitsstudie, dies obwohl gewisse Mehrkostenpositionen doch etwas aufforchen lassen. Zu denken ist etwa an die Kosten der Schadstoffsanierung von fast 540'000 Franken, die in der Machbarkeitsstudie bzw. in den Vorgaben des Architekturwettbewerbs offenbar nicht berücksichtigt waren. Gleichwohl die Erstellungskosten, die sind nun, wie sie sind. Und ob wir uns das leisten wollen, darüber stimmen wir heute ab.

Mit gewissem Unmut aufgenommen wurden in der Fraktion CVP/EVP jedoch die Mehrkosten für die Ausarbeitung des vorliegenden 'Vorprojekts plus', für deren Deckung ja nun auch der Nachtragskredit von rund 370'000 Franken gesprochen werden soll. In der seinerzeitigen Botschaft zum Planungskredit von 700'000 Franken wie auch im Übrigen anlässlich der Beratung dieser Botschaft im Gemeinderat wurde vonseiten des Stadtrats suggeriert, dass mit diesem Kredit die Kosten des Vorprojekts abgedeckt sind. Nun fallen diese Kosten zumindest nach dem jetzigen Stand über 50 % höher aus und das ist unschön. Hauptgrund für diese Mehrkosten bildet gemäss Botschaft der Umstand, dass die Planerhonorare auf Grundlage der Baukosten berechnet werden. In der Botschaft wird dies als gängige und in der Fachwelt anerkannte Praxis bezeichnet, was sicherlich nicht falsch ist. Es gäbe aber durchaus noch andere Möglichkeiten, im Rahmen der Vertragsfreiheit sind diesbezüglich wenig Grenzen gesetzt. Die Erwartung unserer Fraktion ist, dass die Lehren aus dem vorliegenden Fall gezogen werden, namentlich im Hinblick auf die Vertragsredaktion bzw. Vertragsverhandlungen in künftigen Projekten, sodass die Notwendigkeit von Nachtragskrediten wie dem vorliegenden vermieden werden kann. Die Erarbeitung des Vorprojekts hat nun wesentlich mehr gekostet als angedacht, damit soll jetzt aber auch gut sein. In Anbetracht der hohen Projektierungskosten gehen wir davon aus, dass man jetzt auf einem guten Stand ist, dass man weiss, woran man ist und dass die Kosten, sollte es denn zur Umsetzung des Projekts kommen, nicht noch weiter ansteigen. Voraussetzung hierfür ist nicht zuletzt, dass die richtigen Leute in die Baukommission genommen werden. Solche, die eben auch die Kosten im Blick haben. Die Zusammensetzung der Baukommission ist aus unserer Sicht von ganz entscheidender Bedeutung, weshalb darauf ein besonderes Augenmerk zu legen ist.

Nun abschliessend wieder zurück zum Positiven, zum Bauprojekt an sich: Wie eingangs gesagt, sind wir der Auffassung, dass der Hallenbadneubau unserer Stadt einen grossen Mehrwert bringt, weshalb wir hinter dem Projekt stehen. Und zu diesem Projekt gehört für uns auch der geplante Saunabereich. Die dafür anfallenden Kosten erscheinen im Licht der zusätzlichen Aufwertung, die das Hallenbad durch den Saunabereich erfährt, als im Ergebnis vertretbar. Ein Verzicht darauf wäre unserer Meinung nach Sparen am falschen Ende, weshalb wir auch dem Kredit zur Finanzierung des Saunabereichs einstimmig zustimmen werden.

**Gemeinderat Alfred Bloch (SP), Referent im Namen der Fraktion SP:** 1'535 Franken und 32 Rappen – ich habe das genau ausgerechnet – müsste jeder Einwohner und jede Einwohnerin Frauenfelds vom Baby bis zur ältesten Person auf den Tisch legen, um den Bau des neuen Hallenbads finanzieren zu können. Das ergibt dann etwas mehr als 39 Mio. Franken. Diese 39 Mio. Franken sind ein hoher Betrag und bei einer solch hohen Summe ist es wohl angebracht, nicht einfach die Anträge des Stadtrats kommentarlos abzunicken, sondern genau hinzuschauen und kritisch zu betrachten. Wir werden bei einem Ja der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Verlauf des Projekts weiterhin kritisch und aufmerksam begleiten.

Als Erstes haben wir über den Nachtragskredit zu befinden. Dem stimmen wir gezwungenermassen zu, es bleibt uns ja auch nichts Anderes übrig. Wir hätten es aber geschätzt, wenn wir über die Kreditüberschreitung früher Informationen erhalten hätten und hoffen, dass wir in Zukunft rechtzeitig informiert werden.

Wir sind für ein Hallenbad in Frauenfeld, wir waren aber schon perplex, als wir die massive Kostenüberschreitung zur Kenntnis nehmen mussten. 6.3 Mio. Franken oder satte 19 % mehr kostet uns das neue Hallenbad, seitdem wir das letzte Mal darüber abgestimmt haben. Ausserdem soll jetzt das Freibad für zwei Saisons geschlossen bleiben. Mit Murren stimmen wir dem Nettokredit von rund 39 Mio. Franken ebenfalls zu, möchten aber noch folgende Bemerkungen anbringen: Wir wundern uns, warum Energiefragen schon von Anfang an nicht korrekt abgeklärt worden sind, weshalb zum Beispiel die kalte Fernwärme im Wettbewerb offensichtlich vergessen wurde. Warum braucht es zum Beispiel so viel, bis endlich eine PV-Anlage Standard wurde? Uns leuchtet aber ein, dass der Minergie Eco Standard zur Verteuerung beigetragen hat, erneuerbare Energie kostet und dazu müssen wir bereit sein. Wir erwarten, dass den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern in der Abstimmungsbotschaft klar dargelegt wird, warum die Kosten in diesem Mass gestiegen sind. Eventuell gemachte Fehler zu gestehen, trägt zur Vertrauensbildung bei und ist immer besser, als Fehler zu vertuschen. Wir erwarten, dass nach der Genehmigung dieser Vorlage die Bevölkerung und der Gemeinderat stets mit voller Transparenz über den Verlauf des Baus orientiert werden, vor allem wenn irgendwelche baulichen Schwierigkeiten auftauchen oder sich überraschenderweise nochmals eine Verteuerung abzeichnet. Wir gehen davon aus, dass vor und während der Bauphase das Hochbauamt zugezogen wird, dies bei der Ausschreibung der Arbeiten an die ausführenden Firmen sowie während der Realisierungsphase. Wir sind überzeugt, dass so Fehler vermieden werden können, zumal es bei der Stadt genügend Baufachleute gibt, die mithelfen können, diese zu vermeiden.

Frauenfeld investiert sehr viel Geld in dieses Projekt und es ist nicht auszuschliessen, dass eine Steuererhöhung unumgänglich sein wird. Eine massvolle Steuererhöhung hat die SP ja schon vor Jahren gefordert, weil wir wussten, dass einige grosse Investitionen auf die Stadt zukommen werden. Der gegenwärtige Finanzmarkt ermöglicht zwar zurzeit eine günstige Fremdfinanzierung, so muss nicht nur kein Schuldzins bezahlt werden, sondern die Stadt erhält noch einen Bonus, weil sie Geld aufnimmt. Sollte es aber zu einer Steuererhöhung kommen, werden wir diese unterstützen, denn wir wollen unbedingt verhindern, dass im Sozialen, beim Personal oder bei der Kultur gespart werden muss. In der Abstimmungsbotschaft muss unbedingt erwähnt werden, dass allenfalls eine Steuererhöhung infrage kommen könnte.

Was das Personal des Schwimmbads betrifft, erwarten wir, dass der Stadtrat für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine sozialverträgliche Lösung findet.

Wir bedauern, dass die umliegenden Gemeinden sich an den Kosten des Neubaus des Hallenbads nicht beteiligen wollen, deshalb erachten wir es als richtig, die Eintrittspreise für Einheimische und Auswärtige zu differenzieren. Allenfalls ist es nach der Abstimmung angebracht, nochmals mit den betreffenden Gemeinden zu sprechen, da dann die Kosten und das Projekt ja keine Blackbox mehr sein werden. Es ist wichtig, dass wir die Eintrittspreise im Auge behalten und wenn nötig an die Gegebenheiten anpassen. Das Schwimmbad soll auch in finanzieller Hinsicht familienfreundlich sein.

Nicht unumstritten ist der Bau einer Sauna. Die SP-Fraktion aber hat diesen von Beginn weg unterstützt und ist immer noch einstimmig für dieses Vorhaben. Auch erachten wir es als richtig, wenn diese Sauna von der Stadt betrieben wird. Wir sind überzeugt, dass eine Sauna zur Attraktivität des Hallenbads und zu dessen Finanzierung beiträgt.

Natürlich gibt es bei einem solch grossen Bauvorhaben einiges zu kritisieren und zu bemängeln. Dieses Projekt soll nun aber dem Stadtrat helfen, dass vergleichbare Fehler bei weiteren anste-

henden Grossprojekten vermieden werden können. Wir sind überzeugt, dass Frauenfeld mit diesem Projekt ein attraktives, behindertengerechtes und energetisch fortschrittliches Hallenbad erhalten wird, das wir dann – und ich hoffe, dass dann Corona kein Thema mehr sein wird – alle zusammen testen können. Allen anderen Anträgen des Stadtrats in dieser Botschaft stimmen wir kommentarlos zu.

**Gemeinderätin Christa Zahnd (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Die Art und Weise, wie es zu diesen Mehrkosten von fast 7 Mio. Franken kam, ist für uns überhaupt nicht befriedigend. Im Jahr 2018 haben wir im Gemeinderat klar den Auftrag erteilt, ein Hallenbad im Kostenumfang von 33 Mio. Franken zu planen. Dieser Auftrag wurde so nicht erfüllt und für unsere Fraktion ist es fraglich, ob der Neubau noch ein Zweckbau ist. Viele Extras, zum Beispiel eine Bahn mehr, der beheizte Bereich für den Rutschturm, die hohen Kosten für den Ausbaustandard Minergie führen zu Mehrkosten. Das verleitet ein bisschen zu sagen: Unter dem Motto «der Staat bezahlt» werden die Kosten in die Höhe getrieben. Für die Planung hat der Gemeinderat im Jahr 2019 einen Kredit von 700'000 Franken gesprochen, doch auch dieses Geld reichte gemäss der Botschaft nicht und wir stimmen in Antrag 1 über einen Nachtragskredit ab.

Ein weiterer Kritikpunkt ist der Umgang mit den SIA-Normen. Auch wenn es für uns klar ist, dass wir nicht während des Spiels die Regeln ändern können, fordern wir den Stadtrat an dieser Stelle auf, hier in Zukunft ein grösseres Schwergewicht darauf zu legen. Irgendwie erinnert es einen an einen Selbstbedienungsladen. Je höher die Kosten getrieben werden, desto höher ist das Architektenhonorar.

Des Weiteren fragen wir Stadtrat Hugentobler, wie er das Controlling nach der Kostenexplosion bei der Projektierung in der Bauphase angehen will. Nochmals 15 % Mehrkosten wären für unsere Fraktion nicht tolerierbar.

Zudem vermissen wir in der Botschaft eine klare Aussage, ob der Bau des Hallenbads eine Steuererhöhung nach sich zieht oder nicht. Dies sollte genau geschrieben oder allenfalls dementiert werden. Diesbezüglich erwarten wir hier und heute eine Stellungnahme von Stadtrat Hugentobler.

Unsere Fraktion steht aus genannten Gründen den Anträgen 1 und 2 in der Botschaft sehr kritisch gegenüber. Dem Antrag 3 in der Botschaft werden einige Mitglieder unserer Fraktion zustimmen, dies aber ausschliesslich darum, damit das Volk über den Bau eines Saunabereichs abstimmen kann. Dass die Motion und der Antrag 6 gleich mit diesem Geschäft am Protokoll abgeschrieben und nicht einzeln behandelt wird, finden wir schade.

**Gemeinderätin Anina Villiger Wirth (CH), Referentin im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:** Dass das Hallenbad den Gemeinderat schon viele Jahrzehnte umtreibt, zeigt sich nur schon daran, dass der Dossierbrowser bei Eingabe des Stichworts Hallenbad 157 Dokumente aufzeigt. Der Tag am Meer, mit dem sich der Gemeinderat nun seit einigen Jahren beschäftigt, hat die Gemüter in letzter Zeit durch unerwartete Richtungsänderungen des Projekts bewegt. Die Veränderungen haben eine spürbare Richtung, die unsere Fraktion mit Sorge betrachtet. Die Kosten werden höher, der Projektstart ist später, das Hallenbad wird länger geschlossen bleiben und dies inklusive Freibad. Es bleibt die Frage, warum die Machbarkeitsstudie nicht auf alle diese Punkte bereits hingewiesen hat. Wäre dem so gewesen, hätte man die Weichen bereits viel früher und wohl definitiv anders stellen wollen. Zur Risikominimierung hätte unsere Fraktion bereits letztes Jahr ein Vor- und ein Bauprojekt bevorzugt. Von Anfang an haben wir der Planungsgenauigkeit des 'Vorprojekts plus' nicht getraut und die Befürchtungen haben sich nun bestätigt. Die Kosten sind jetzt 23,5 % höher als budgetiert. Und wer weiss denn, ob der Spielraum von +/- 15 % nicht auch noch in Richtung oben ausgenutzt werden muss? In Zukunft erwarten wir vom Stadtrat seriösere Abklärungen, sodass sich Ähnliches nicht wiederholt. Was anfänglich

günstiger wirkt, wird am Ende teurer und die Gründe dafür vermögen uns nicht vollends zu überzeugen.

Mit der Botschaft Nr. 14 vom 14. Juli 2020 halten wir nun aber eine fundierte Grundlage in den Händen. Dafür danken wir dem Stadtrat. Wir schätzen insbesondere die Anstrengungen, die unternommen worden sind, damit der Bau des Hallenbads im Bereich Energie und Bäderbau als richtungsweisend bezeichnet werden kann.

Und nun zu den Anträgen: Beim Antrag 1 zum Nachtragskredit über 372'000 Franken werden sich viele Mitglieder unserer Fraktion der Stimme enthalten. Dies aus Protest und Frustration über die ungenaue Kostenschätzung.

Beim Antrag 2 und dem dazu passenden Antrag 4 mit den Abschreibungen, dem Nettokredit zur Finanzierung des Neubaus des Hallenbads über 39.338 Mio. Franken haben wir aus bereits oben genannten Gründen auch über eine Rückweisung und über eine Neu Beurteilung des ganzen Projekts diskutiert. Wir sind dann aber zum Schluss gekommen, dass noch keine konkrete Alternative in Sicht ist und die Kostenfolgen von anderen Projekten weitgehend unbekannt sind und es fraglich ist, ob man in nützlicher Frist ein besseres Projekt vorbereiten könnte. Die Mehrheit unserer Fraktion stimmt deshalb den Anträgen 2 und 4 zu. Dass die Badi ganze zwei Jahre geschlossen sein wird, ist für uns und für die Frauenfelder Bevölkerung jedoch ein schwer verdaubarer Brocken.

Und nun zu dem in der Botschaft vorgeschlagenen Saunabereich und zu den Anträgen 3 und 5 für dessen Finanzierung: Es ist kein Geheimnis, dass uns das fragwürdige Vorgehen des Stadtrats, den Gemeinderat via Botschaft über den geplanten Betrieb einer Sauna durch die Stadt selber in Kenntnis zu setzen, sehr stört. Insbesondere da dieses Vorhaben diametral zu allen Äusserungen der Vergangenheit steht. Man war sich jahrelang einig, dass wenn schon eine Sauna, dann nur mit Betrieb durch Dritte. Wir haben dieses Vorgehen im März schriftlich kritisiert und erst mit dieser Botschaft eine schriftliche Antwort erhalten. Eigentlich hätte es eine separate Botschaft für die Projektänderung gebraucht. Mit dem Nichternstnehmen des Gemeinderats, dem Herauszögern konkreter Antworten und der öffentlichen Ankündigung einer Art Variantenabstimmung hat uns der Stadtrat in skandalöser Weise vor vollendete Tatsachen gestellt und damit Vertrauen verspielt. Auch wenn ein Saunabereich ohne Zweifel eine weitere Steigerung der Attraktivität des Freizeitbads Frauenfeld zur Folge hat, erachten wir eine Sauna nach wie vor nicht als eine von der Stadt zu bietende notwendige Infrastruktur. Nice to have wollen wir uns bei den bereits weit überschrittenen Kosten beim Hallenbad nicht auch noch leisten. Ein Tag am Meer ist auch ohne den Besuch einer Saunalandschaft ein Erlebnis. Dass die Sauna dereinst profitabel betrieben werden könnte, ist ebenso fraglich. Die Zahlen in der Botschaft, bei der etwa die anteiligen Amortisationen für die Mantelnutzung fehlen, reichen uns als Businessplan noch nicht aus. Und am Rand: Falls im besten Fall mit der Sauna tatsächlich regelmässige Gewinne erwirtschaftet werden würden, wäre das auch nicht unproblematisch, da der Staat die Bürgerinnen und Bürger ja nicht in ihrem freien wirtschaftlichen Handeln konkurrenzieren sollte. Deshalb sagt eine Mehrheit unserer Fraktion Nein zum Antrag 3.

Bei Antrag 6 betreffend den Bau einer Parkierungsanlage unter dem Hallenbad sind wir froh, dass der Stadtrat so entschieden hat und auf die bereits vorhandenen Parkplätze in der Umgebung verweist.

**Gemeinderätin Ursula Duewell (FDP), Referentin im Namen der Fraktion FDP:** Wir danken dem Stadtrat und den zuständigen Mitarbeitenden für die gut erarbeitete Botschaft. Über den schlechten Zustand des heutigen Hallenbads sind wir uns einig und ein Ersatz ist in unserer Fraktion unbestritten. Die Halterungen der Deckenelemente sind am Ende ihrer Lebenszeit und niemand möchte ein zweites Uster in Frauenfeld erleben. Die Garantie für die Sicherheit der Badegäste muss jederzeit gewährleistet sein. Die Vorschriften für die Wasserqualität können bereits heute nur noch mit grossen Aufwendungen eingehalten werden. Die Fraktion FDP ist

jedoch nicht erfreut über die Differenz zwischen der Grobkostenschätzung der Machbarkeitsstudie von 33 Mio. Franken und dem heute beantragten Kredit von rund 40 Mio. Franken. Die Grobkostenschätzung von 33 Mio. Franken und die erforderliche Wasserfläche von 915 Quadratmetern waren die Grundlagen sowohl für die Ausschreibung des Architekturwettbewerbs als auch für die Berechnung des Kredits zur Ausarbeitung des vertieften Vorprojekts. Spätestens bei der Feststellung, dass das Mehrzweckbecken im Siegerprojekt nur mit 150 Quadratmetern anstelle der geforderten 200 Quadratmeter und dass die Technikräume im Untergeschoss zu klein geplant waren, hätte der Gemeinderat oder mindestens die GPK informiert werden müssen. Diese beiden Punkte führen zu einer Vergrößerung der Badehalle und das Gebäudevolumen stieg um 7500 Kubikmeter. Damit war es unseres Erachtens voraussehbar, dass die Gesamtsumme markant höher sein würde, als ursprünglich angenommen. Auch ist es für uns störend, dass gesetzlich vorgeschriebene Auflagen wie Schadstoffsanierung, Hochwasserschutz, Lagerung Inertstoffe und Kunst am Bau in der Grobkostenschätzung nicht enthalten waren. Die zusätzlichen Investitionen für die PV-Anlage und die Erneuerung der Badewassertechnik Freibad von rund 1.6 Mio. Franken sehen wir jedoch als sinnvoll an.

Der Nachtragskredit für das 'Vorprojekt plus' von rund 370'000 Franken ist zwar nachvollziehbar, aber für uns schwer akzeptierbar. Obwohl Fachplaner und Ingenieure sich nicht an die Vorgaben gehalten haben, haben alle Korrekturen direkte Auswirkungen auf die Honorarsummen. Wir fordern die zuständigen Fachpersonen auf, Verträge, die auf SIA-Normen basieren, in der Zukunft zu hinterfragen. Die Fraktion FDP wird dem Nachtragskredit zustimmen, eine Ablehnung würde einem Vertragsbruch der Stadt gleichgestellt, hätte juristische Folgen mit unklarem Ausgang und wäre der Reputation der Stadt nicht zuträglich.

Dem Kredit zur Finanzierung des Neubaus des Hallenbads von 39 Mio. Franken wird die FDP einstimmig zustimmen. Eine Ablehnung des Kredits würde zum Abbruch des vorliegenden Projekts führen. Aufgrund des schadhafte Dachs ist eine Weiterführung des aktuellen Hallenbads nach 2021 kaum mehr zu verantworten und würde mit grosser Wahrscheinlichkeit eine baldige Schliessung zur Folge haben. Bis ein neues Projekt abstimmungsreif wäre, würden Jahre vergehen, und ob es dann effektiv billiger wird, ist fraglich.

Das vorliegende Projekt erfüllt alle Anforderungen, die heute an ein Hallenbad gestellt werden, auch aus ökologischer Sicht. Wir sind überzeugt, wir erhalten ein Hallenbad, das Frauenfeld würdig ist. Ein Leuchtturm für die Region. Wir fordern aber, dass bei der Ausschreibung festgeschrieben wird, dass Schweizer Material, vor allem Schweizer Holz für den Bau verwendet werden muss.

Bei der geplanten Erhöhung der Eintrittspreise begrüßen wir die Differenzierung zwischen Einheimischen und Auswärtigen. Somit können Frauenfelder von einem niedrigeren Eintrittspreis profitieren.

Wir erwarten, dass der Neubau Hallenbad durch ein Baumanagement begleitet und überwacht wird und dass regelmässig über den Stand der Ausführungen und der Zwischenabrechnung rapportiert wird. Wir sind uns bewusst, dass die jährlichen Kosten für das neue Hallenbad grösser sein werden als die Zahlen aus vergangenen Jahren, was aber unseres Erachtens nicht zwingend zu einer Steuerfusserhöhung führen muss.

Ob der Saunabereich sinnvoll ist oder nicht, ist in unserer Fraktion umstritten. Wir sind aber der Meinung, dass das Frauenfelder Stimmvolk darüber entscheiden soll, ob sie einen zusätzlichen Saunabereich mit drei verschiedenen Saunen, Abkühlbecken und Erholungsbereich möchte oder eben nicht. Wir werden mehrheitlich dem Antrag zustimmen.

Den Abschreibungsmodi werden wir einstimmig zustimmen. Der Abschreibung der Motion «Bau einer Parkieranlage im Rahmen der Erneuerung des Hallenbads» werden wir mehrheitlich, aber ungerne zustimmen. Wir hätten gern eine Diskussion zu einem früheren Zeitpunkt gehabt.

Wir wünschen uns, dass sowohl der Stadtrat als auch die Fachpersonen auf den Ämtern Lehren aus dem aktiven Projekt ziehen und die gemachten Fehler bei zukünftigen Projekten vermieden werden.

**Gemeinderat Andres Storrer (SVP), Referent im eigenen Namen:** Ich habe ein Anliegen zu Antrag 2. Und gleich vorweg: Auch für mich wäre Frauenfeld ohne Hallenbad ein Armutszeugnis. Trotzdem bin ich aber ein bisschen überrascht. Anscheinend stören sich alle an den Mehrkosten, es sieht aber aus, als würden alle Ja dazu sagen. Bisläng sprachen wir immer von einem Kostenziel von 33 Mio. Franken, jetzt sind wir fast 25 % darüber. Und da sagen wir einfach noch einmal Ja dazu? Das sind sage und schreibe 7 Mio. Franken, die dazwischenliegen. Ich wehre mich dagegen. Was, wenn wir Gemeinderätinnen und Gemeinderäte danach gefragt werden? Im Juni vor einem Jahr haben wir zum Vorkredit einstimmig Ja gesagt und jetzt sagen wir zu 7 Mio. Franken mehr einfach noch einmal Ja? Oder wir hätten die Sache in den Vordergrund gestellt? Oder wir können ja nicht gegen ein Hallenbad sein? Nein, das ist wohl niemand von uns und darum geht es auch nicht. Die Bedingungen hätten sich geändert. Die 33 Mio. Franken waren damals wohl nicht aus der Luft gegriffen. Die nötigen Parameter wurden fundiert gesetzt und führten zu diesem Betrag. Jetzt hätten sich die Parameter plötzlich verändert. Nein, auch dagegen wehre ich mich. Parameter verändern sich nicht einfach so, und während eines laufenden Prozesses sollte man sie auch nicht einfach anpassen. Parameter werden verändert. Aber dann hätte man uns doch informieren müssen.

Dann steht ja noch die Steuererhöhung im Raum. Klar, mit 35'000 Einwohnern werden wir wahrscheinlich darum herumkommen und mit günstigen wirtschaftlichen Bedingungen wird es wahrscheinlich auch keine geben. Aber ich weiss nicht. Ich weiss nicht, wann wir 35'000 sein werden und ich weiss nicht, ob wir jetzt mit COVID-19 von günstigen Bedingungen sprechen können. Wie lange sie dauern, weiss ich auch nicht. Und ob es wirklich bei diesen 40 Mio. Franken bleibt oder ob die effektiven Baukosten dann noch einmal ein bisschen darüber sind, weiss ich gleich nochmals nicht. Es ist doch nicht so, dass wir für nur 33 Mio. Franken ein untaugliches, ein hässliches oder ein zu kleines Hallenbad bekommen würden. Sicher auch keine Dreckschleuder. Nein, einfach eines innerhalb des Kostenrahmens. Und Hand aufs Herz: Auch ich habe gern schöner, besser und schneller, es kostet einfach mehr. Ich sage nicht, dass das so einfach ist, und lasst euch von Mehraufwand und Verzögerungen nicht einschüchtern. Das ist völlig klar, aber die haben wir ja schon. Und dem gegenüber stehen immer noch 7 Mio. Franken. Da nehmen wir doch noch einen Umweg in Kauf und die Planungskosten nehmen wir ja sowieso auf die leichte Schulter. Gut, das war jetzt ein bisschen böse und ich weiss, SIA-Normen sind Usus, das geht mit den Baukosten Hand in Hand. Aber ich muss schon sagen, mit anderen Worten könnte man sagen: Mit einem Planungsaufwand von + 40 % haben wir eine geplante Kostenüberschreitung von 23 % erreicht. Dazu können wir doch nicht Ja sagen. Wir müssen doch alles daransetzen, dass wir sagen können: Ja, wir haben in der Planung ein bisschen überbordnet, aber dafür haben wir jetzt ein tolles Hallenbad, das auf uns zugeschnitten und innerhalb des Kostenrahmens ist. Der langen Rede kurzer Sinn: Es ist doch so, wie wenn man zu Besuch geht und eine Flasche Wein mitbringt. Spätestens die zweite Frage im Geschäft ist nach dem Kostenrahmen. Was macht ihr nun, wenn die Verkäuferin mit einer doppelt so teuren Flasche zurückkommt? Ihr sagt nicht Ja und Danke. Nicht dass ihr mich falsch versteht, das Projekt ist pikfein, es gefällt mir und ich habe nichts gegen dieses Projekt. An die Architekten, an die Planer und vor allem an dich Fabrizio steht es mir nicht zu, irgendwelche Schuldzuweisungen zu machen, dafür kenne ich die Details zu wenig. Ich bitte nur darum, dass man nochmals über die Bücher geht und dass man das damals festgelegte Kostenziel nicht einfach über Bord wirft. Anschliessend mag es dann vielleicht heissen, wir haben zwei Varianten. Hallenbad für 40 Mio. Franken, das kennen wir bereits, oder das für 33 Mio. Franken, dauert zwei Jahre länger, die Rutschbahn ist fünf Meter kürzer, meinetwegen ist das Wasser nur noch 15 Grad warm. Aber dann hätten wir eine saubere Entscheidungsgrundlage und könnten sagen, ob wir bei dem, zu dem wir ursprünglich Ja gesagt haben bleiben oder ob wir das teurere Hallenbad nehmen. Ich habe mit dem einen oder anderen gesprochen und niemand hat gesagt: «Storrer, was du da sagst, ist Blödsinn.» Bei der Abstimmung wird es sich dann zeigen. Es wäre natürlich schön, wenn ich

nicht allein dastehen würde, aber einfach nochmals meine Bitte: Stellt die teure Flasche Wein nochmals zurück ins Regal und geht nochmals über die Bücher.

**Gemeinderat Christoph Keller (SVP), Referent im eigenen Namen:** Ich spreche hauptsächlich zum Thema Sauna. Als GPK-Mitglied war es spannend, bei der Entstehung dieser Botschaft dabei gewesen zu sein. Das transparente Vorgehen mit einem Wettbewerb und den verschiedenen Projektierungsstufen scheint mir gut gewählt. Bei der vorliegenden Endfassung des Projekts ist die Tatsache, dass über den Saunabereich gesondert abgestimmt werden kann, ebenfalls positiv zu werten und bietet nun hier aber auch eine Chance, die Explosion der Gesamtkosten etwas zu korrigieren. Aus meiner Sicht ist es in der momentan eher unsicheren Situation und im Hinblick auf die in verschiedenen Bereichen auf uns zukommenden Mehrkosten und Ausgaben mehr als angebracht, etwas bescheidener zu werden. Auch wenn das Hauptprojekt Hallenbad den finanziellen Rahmen wie heute schon zur Genüge ausgeführt sehr deutlich sprengt, macht es im jetzigen Planungsstadium wenig Sinn, ein «Zurück auf Feld 1» zu fordern. Schwimmen ist im wörtlichsten Sinn eine Überlebenstechnik, weshalb die erwähnten Mehrkosten eher vertretbar sind. Beim Saunabereich reden wir aber von der Kategorie Wellness und dies gehört definitiv nicht zum Grundangebot einer Stadt, auch nicht von Frauenfeld. Deshalb lade ich Sie ein, hier Verantwortung für etwas mehr Bescheidenheit zu übernehmen und den Antrag Saunabereich abzulehnen.

**Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im eigenen Namen:** Ich spreche zum Antrag 3 Sauna und möchte kurz auch für das Protokoll darlegen, weshalb ich diesen Antrag ablehne.

1. Nutzergruppe: Wer ist die Nutzergruppe der Sauna? Das ist ungleich der Nutzergruppe der Badi. Es besteht ja kein zwingender Zusammenhang. Falls es wirklich läuft mit der Sauna, werden die Gäste eher von auswärts kommen. Das führt zu mehr Verkehr und mehr Parkplatzbedarf.
2. Zuständigkeit der Stadt: Wie bereits vom Vorredner gesagt, eine Badi wäre kaum privat zu betreiben, sie entspricht aber einem grossen gesellschaftlichen Bedürfnis und fällt deshalb für mich in die Zuständigkeit der Stadt. Ein Wellnessangebot ist dagegen durchaus gewinnbringend zu betreiben und es bestehen auch schon private Angebote in der Region.
3. Kosten: Da hat mein Vorredner auch bereits vorgespurt. Wir haben es hier mit einem steuerbaren Kostenblock zu tun und wir können hier mit einem Nein aktiv Einsparungen treffen. Und, das sei auch noch gesagt, ob dann später effektiv Gewinne mit diesem Wellnessbereich erzielt werden können, ist angesichts der vorliegenden Zahlen zumindest höchst ungewiss.

**Gemeinderat Stefan Geiges (CVP), Referent im Namen der Motionäre der Motion «Bau Parkierungsanlage im Rahmen der Erneuerung des Hallenbads»:** Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, die Motion gegenstandslos abzuschreiben. Wir anwesenden Motionäre lehnen den Antrag 6 ab. Es gehört sich, dass Motionäre dem Stadtrat für seine Antwort danke sagen. Das machen wir hiermit. Allerdings sind wir überrascht, wie und an welcher Stelle die städtische Antwort gegeben wird. Die Antwort, der Antrag sei als gegenstandslos zu erklären, kommt quasi nebenbei und ohne dass substantiell oder separat auf die Motion eingegangen wird. Darum erinnere ich nochmals an den Motionstext vom 16. Januar 2019 – es ist schon eine Weile her: «Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat im Rahmen des Vorprojekts für die Erneuerung des Hallenbads den Bau einer geeigneten Parkierungsanlage zu unterbreiten.» Ziel dieser Motion war es, dass die Erneuerung des Hallenbads mit einer modernen Parkierungsanlage verknüpft wird, und das allenfalls mit Mitteln aus der Spezialfinanzierung Parkierungsanlagen. Oder ganz einfach gesagt: eine möglichst ausgelastete Badi für alle. In seiner Antwort geht der Stadtrat davon aus, dass ein zusätzliches Parkgeschoss quasi unter den Hallenbadneubau geschoben werden muss. Und er sagt, das sei unverhältnismässig teuer, der Platz dafür fehle und es müssten viele Querungen von Werkleitungen gekreuzt werden. Ich erlaube mir als Tiefbauunternehmer den Hinweis darauf, dass wir heute über einen totalen Neubau sprechen und dass wir eine offene Baugrube ohne Werkleitungen und andere Leitungen haben. Ich zeige Ihnen eine Vision auf, wie ein Parkplatz ausserhalb der Badi sein könnte. Die Badi wird neu 4

Meter Richtung Murg versetzt. Jeder, der sich die Situation vorstellen kann, merkt, dass es plötzlich viel Platz gibt. Dann können Sie sich einen Kreisel vorstellen, so einen befahren Sie jeden Tag mit dem Velo oder mit dem Auto oder dem Bus. Das ist nämlich der Wenderadius für einen Bus. Und wenn Sie das zusammenführen, merken Sie, dass es noch genügend Platz für Parkplätze hat. Und mit einem Parkleitsystem könnte man auch noch den Suchverkehr eindämmen. Sie sehen, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Aber der Stadtrat wollte eigentlich gar keine Parkierungsanlage in der Nähe des Hallenbads. Er erinnert an die Sackgasse und die engen Platzverhältnisse rund ums Schloss. Diese Meinung darf der Stadtrat haben, wir vermissen aber, dass er sich überhaupt keine Gedanken über eine Parkierungsanlage für Autos gemacht hat, etwa in Verbindung mit einem modernen Parkleitsystem zur Kanalisierung von Verkehr und gleichzeitigem Verhindern von Suchverkehr. Insgesamt sind wir also überrascht über die Art und Weise, wie mit dieser Motion umgegangen wird. Auch diese Motion hat eine separate Antwort, eine separate Diskussion hier im Gemeinderat verdient. Wir hoffen, dass der Stadtrat in Zukunft davon absieht, unpässliche Motionen in anderen Geschäften zu verpacken und damit geräuschlos unter den Teppich zu wischen. Wir gehen davon aus, dass sich der Stadtrat für die Badigäste die Benutzung des Coop-Parkhaus gesichert hat, und das natürlich zu gleichen Konditionen. Weiter würden wir gern davon überzeugt, dass falls der Stadtrat einen allfälligen Ausbau des hinteren Badiparkplatzes in Erwägung zieht, er das auch macht, während die Badi umgebaut wird.

Zum Schluss habe ich noch zwei positive Punkte. Erstens danken wir dem Stadtrat, dass er sich in seiner Antwort gegenüber einem privaten Parkhaus ausdrücklich offen gestellt hat, und zweitens wollen wir mit unserem Vorstoss den Neubau des Hallenbads weder verzögern noch behindern. Aber wir werden in Zukunft ein Auge darauf halten, welche Art und welche Ausrichtung von Vorstössen beim Stadtrat eine angemessene Antwort erhalten und welche nicht. Wie gesagt, wir Motionäre lehnen den Antrag 6 ab und ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

**Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im eigenen Namen:** Ich möchte doch noch einen Pfahl einschlagen für diese Sauna. Ich verstehe das sehr gut, dass man bei diesen Kostenüberschreitungen jetzt ein Anliegen hat, die Kosten zu senken, und das ist tatsächlich der Ort, wo wir etwas zu sagen haben. Beim anderen können wir nicht wirklich etwas sagen, wenn wir nicht das ganze Projekt versenken wollen. Ich fände es aber sehr schade. Meiner Meinung nach geht es nicht nur um Wellness. Es geht auch um die Gesundheit. Ein Saunabesuch hilft einem, das Immunsystem zu stärken und gesund durch den Winter zu kommen. Gerade in der jetzigen Zeit sind wir froh, wenn nicht viele wegen Schnupfen ausfallen und dem Arbeitsplatz fernbleiben müssen. Ich glaube, es ist nicht eine überriessene Planung. Es ist nicht ein Wellnessbereich, sondern ein zweckmässiger Bereich, der auch einer modernen Badi angemessen ist. Bitte bedenken Sie auch, dass wenn wir jetzt Nein sagen, wir zwei Möglichkeiten verbauen. Es kann dann nicht nachgerüstet werden, weil wir den Lift nicht noch hochziehen können. Und es hat auch noch andere Dinge. Wir verbauen diese Gelegenheit jetzt und wir verbauen auch die Gelegenheit, dass das Volk selber abstimmen kann, ob es das möchte oder nicht. Ich würde empfehlen, trotz der Bedenken euch einen Ruck zu geben und dem Volk die Gelegenheit zu geben, über dieses Thema abzustimmen. Ich verspreche Ihnen, wir müssen deswegen nicht alle gemeinsam die Sauna einweihen und zusammen in die Sauna gehen, falls es dann verwirklicht würde.

**Gemeinderat Andres Storrer (SVP), Referent im eigenen Namen:** Nach kurzer Beratung mit Elio Bohner stelle ich den Antrag auf Rückweisung der Botschaft Nr. 14, über die wir soeben beraten haben. Besten Dank, wenn Sie diesen berücksichtigen würden.

**Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im eigenen Namen:** Eine kurze Entgegnung zu Kollege Kienast: Das Argument, wir sollten das Volk entscheiden lassen, ob es den Wellnessbereich braucht oder nicht, sehe ich nicht so. Das Volk hat eigentlich uns den Auftrag gegeben, indem es genau uns 40 gewählt hat, dass wir die Vorentscheidungen treffen. Das heisst, jeder von uns ist in der Verantwortung, selbst zu entscheiden, ob es das braucht oder ob es das nicht braucht, und dann so abzustimmen. Wenn wir das Argument, es braucht immer das Volk, das mitredet, beherzigen würden, hätten wir schlussendlich jeden Sonntag eine Volksabstimmung.

**Gemeinderat Roland Wetli (CH), Referent im eigenen Namen:** Ich möchte kurz Bezug nehmen auf das Votum von Stefan Geiges, und zwar zum Aspekt, wie mit dieser Motion umgegangen worden ist. Ich möchte vorausschicken, dass ich inhaltlich die Ziele der Motion überhaupt nicht teile, aber was ich doch sehr problematisch finde ist wie mit dieser Motion umgegangen wurde. Wenn man die Botschaft bezieht, sieht man, dass sich der Stadtrat auf Seite 17 auf einer Seite mit der Motion auseinandersetzt. Wenn ich mir vergegenwärtige, dass die Motion das stärkste parlamentarische Instrument ist, das wir in dieser Stadt kennen, das ist nämlich das Instrument, mit dem man etwas gestalten will und nicht einfach irgendeine Information beim Stadtrat abholen will wie bei der Anfrage oder Interpellation, dann muss ich schon sagen, dass dieser Umgang mit Motionen nicht einreissen darf. Ich denke, die Motion hat ja eine Idee, sie wollte noch auf das Projekt einwirken, und dann wäre es eigentlich fair gewesen, wenn die Motion in einem separaten Traktandum in diesem Rat zur Behandlung überwiesen worden wäre. Und das ist nicht passiert. Das ist doch ein recht billiger Weg, das einfach in eine derart grosse Vorlage reinzupacken und dann zu sagen, das geht nicht. Also aus Fairnessgründen möchte ich anregen, dass in Zukunft dieser Weg nicht beschritten wird, es über eine Abschreibung als gegenstandslos im Rahmen einer grossen Projektvorlage zu erklären, sondern dass es ein separates Geschäft bleibt, über das in diesem Rat auch separat diskutiert und befunden werden kann.

**Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP), Referent im eigenen Namen:** Ich spreche zum Antrag 1, dem Nachtragskredit und habe da eine Frage an den Stadtrat. Nach meinem Verständnis der regierungsrätlichen Verordnung muss man einen Nachtragskredit einholen, bevor man die Zusatzausgabe spricht oder eingeht. Hat der Stadtrat diese Zusatzausgabe bereits beschlossen? Und wenn ja, warum ist er der Meinung, dass dies rechtens ist?

**Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP):** Meine Frage geht dahin, was wir zuerst behandeln.

**Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):** Grundsätzlich ist es dem Stadtrat überlassen, zuerst einfach Stellung zu nehmen zu den verschiedenen Punkten, die in den verschiedenen Voten behandelt wurden oder auch zur Botschaft. Ich kann es aber vorwegnehmen, wir werden nachher zuerst über die Rückweisung abstimmen, danach, falls die Botschaft noch besteht, über die Anträge gemäss Botschaft. So werden wir meines Erachtens verfahren.

**Stadtpäsident Anders Stokholm (FDP):** Darf ich darauf hinweisen: So wie ich einen Rückweisungsantrag verstehe, ist das ein Ordnungsantrag, und über einen Ordnungsantrag muss man sofort abstimmen.

**Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):** Danke für den Hinweis. Ich werde mich unter Ausstand von Gemeinderat Storrer mit dem Büro beraten.

Nach Beratung mit dem Büro des Gemeinderats und in Absprache mit dem Stadtrat würde ich an dem vorhin genannten Vorgehen festhalten. Das heisst, als Erstes über die Rückweisung abstimmen, zuvor aber die Beratung zu Ende führen, da wir im Büro Art. 40 des Gemeinderatsreglements so interpretieren, dass dies ein Antrag im Rahmen der Detailberatung ist. Gibt es zu diesem Vorgehen einen Einwand aus dem Rat? – Gut. Dann erteile ich Stadtrat Hugentobler das Wort zu all den genannten Punkten.

**Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP):** Besten Dank für Ihre Voten und die eigentlich grundsätzlich positive Haltung dem Hallenbad gegenüber. Mit Blick aufs Ganze möchte ich gern aus unserer Sicht auf die Voten eingehen.

Ich hatte einen Freund, der sagte: «Wenn man durchs Leben kommen will, muss man eigentlich jeden Morgen eine Kröte schlucken. Dann kann man einigermaßen sicher sein, dass einen tagsüber nichts Ekelhafteres mehr über die Zunge läuft.» So im Theaterstück «Die Morgenkröte».

Es tut uns leid, wenn Ihnen punkto Nachtragskredit der ekelhafte Geschmack auf der Zunge haften blieb. Auch wir in der Planungskommission sowie im Stadtrat hatten nach Bekanntgabe der Planungskosten diesen Geschmack im Mund. Erst nachdem die Zusammenhänge mit Blick aufs Ganze – und auf die sich in den Schwanz beissende Katze schauend – klar waren, schluckten wir widerwillig diese Kostenkröte. Warum hat sich die Katze in den Schwanz gebissen? Um die Gesamtbausumme überhaupt ermitteln zu können und zu kennen, musste erst das 'Vorprojekt plus' mit allen Planungen abgeschlossen werden. Erst in dieser Phase wurde die Koordination zwischen den Planenden in Bezug auf Materialisierung, Technik, Energie und kantonaler Auflagen vorgenommen. Nach diesen seriösen Planungen wurde die Gesamtbausumme ermittelt und erst auf dieser Summe basierend konnten gemäss gültigen SIA-Verträgen die Honorare aller Planer errechnet werden. Deren Verträge basierten auf der grob geschätzten Bausumme aus der vielfach erwähnten Machbarkeitsstudie. Durch die Mehrleistungen durch den grösseren Planungssperimeter gegenüber der rudimentären Machbarkeitsstudie wurden auch die Aufwände der Fachplaner höher. Der Unterschied zwischen Machbarkeitsstudie und 'Vorprojekt plus' ist am besten im Architekturwettbewerbsprogramm beschrieben. Darin ist der unterschiedliche Perimeter für die Berechnung der Machbarkeitsstudie und dem 'Vorprojekt plus' zu Grunde liegenden Wettbewerbsprogramm abgebildet. Die beiden geschätzten resp. jetzt ermittelten Bausummen sind deshalb nicht vergleichbar, weil deren Grundlagen so unterschiedlich sind und waren. Eine detaillierte Bausumme konnte schlichtweg nicht vor Abschluss der Phase 'Vorprojekt plus' seriös abgegeben werden. Deshalb hat sich die Katze in den Schwanz gebissen. Wir haben offen, transparent und der Reihe nach kommuniziert, aber erst nach fundierten Abklärungen, welche auch durch unabhängige Dritte jetzt bestätigt wurden. Zudem wurde die Seriosität der vorliegenden Kosten durch Baufachleute auch in der GPK unterstrichen.

Zu den Voten aus den Fraktionen: Ich möchte gern eine Antwort betreffend die Saunaplanung geben oder die Kehrtwende, wie sie von der Fraktion CH/GP/GLP genannt wurde. Es wurde vorhin gesagt, dass erst mit der Botschaft Antwort gegeben wurde. Ich war etwas erstaunt über diese Aussage, hatte ich doch am 24. Juni 2020 eine dreiseitige Antwort zu unserem Vorgehen gegeben. Auch ich hätte es nicht gern, einem Antrag faktisch nur zustimmen zu können, würde aber die Kröte von uns allen nicht geschluckt, also der Nachtragskredit abgelehnt und die anderen Anträge ebenso, wird dadurch das Projekt per sofort gestoppt. Mit Blick aufs Ganze schmeckt die Kröte weniger eklig, verschlucken wir uns nicht daran. Es gibt Augenblicke, in denen man nicht nur sehen, sondern ein Auge zudrücken muss.

«Zu teuer»: Ich komme zum Hallenbad. Ein technisch und ökologisch zukunftsweisender Neubau in dieser Ausführung kann nicht zu einem Preis gebaut werden, welcher einem Ersatz im bisherigen Volumen entspricht. Wir alle haben uns darauf geeinigt, welches Raumprogramm wir bestellen. Mit der Verabschiedung des Architekturwettbewerbs haben wir die Wasserfläche vergrössert, das Gebäudevolumen ebenso. Wenn wir nun ein Projekt «Design to Cost» möchten, dann beisst sich die Katze schon wieder in den Schwanz. Dann, geschätzte Damen und Herren, war der aufgegleiste Prozess falsch. Wenn wir mit dem Kostenziel vor Augen ein Hallenbad bauen möchten, dann müssen wir uns nicht wundern, wenn wir einen Ersatzneubau in heutiger Grösse erhalten. Ohne Steigerung der Attraktivität, ohne zusätzliche nötige Wasserfläche zum Schwimmen und ohne Umsetzung von selbst auferlegten Vorgaben an Energie, auch nicht auf künftige Bedürfnisse. Sollte das Projekt abgelehnt werden, müsste ein neues Projekt erarbeitet werden. Da das Dach des jetzigen Gebäudes dringend saniert werden muss, ist unklar, wie lange ein gesicherter Badbetrieb noch möglich ist. Und genau deshalb haben wir auch den Drive im Projekt beibehalten, weil ein Dachersatz schlichtweg nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden kann. So oder so, das Hallenbad schliesst auf jeden Fall. Je nach Sanierungsvariante bei nötiger Schliessung auch länger als beim vorgeschlagenen Projekt mit einem Ersatzneubau.

Ich möchte einige Antworten zu den Voten aus den Fraktionen zum Hallenbad geben. Ich möchte mich herzlich bedanken für diese und kann diese auch gut nachvollziehen und verstehen. Wir nehmen diese auch ernst.

Betreffend den Unmut zur Ausarbeitung des Vorprojekts vor allem wegen der Planenden: Wir können leider während des Spiels nicht die Spielregeln ändern, und die Spielregeln waren klar. Es bestehen Verträge und deshalb können wir diese nicht einfach so ändern.

Es wurde die Frage gestellt, weshalb Energiefragen in der Machbarkeit vergessen gingen. Nein, die gingen nicht vergessen, sondern waren nicht deren Bestandteil. Sie wurden erst mit dem Vorprojekt wirklich evaluiert und errechnet.

Betreffend den Auftrag, den wir nicht erfüllt haben wegen der 33 Mio. Franken: Ja, das stimmt so, aber ebenso haben wir hier in diesem Saal über das Programm mit der nötigen Wasserfläche und dem dazu nötigen Volumen entschieden. Jetzt stellt sich die Frage: Was war richtig? Oder welche Vorgehensweise sollen wir in Zukunft wählen?

Und dann kommt die Antwort zur Aussage, dass wegen der Steuererhöhung nichts in der Botschaft stehen würde. Wir haben in der Botschaft auf Seite 49 geschrieben: «Dies entspricht rund 2.23 Steuerprozenten im Mittelwert 2015-2019. In Abhängigkeit der finanziellen Entwicklung der Stadt Frauenfeld kann eine Steuererhöhung von 2-3 % nicht ausgeschlossen werden.»

Ich möchte auch noch, sitzt doch eine Weinhandlerin hinter mir, den Ball mit der Weinflasche aufnehmen. Ich kann nicht gleichzeitig eine Magnumflasche wollen und den Maximalpreis festlegen, welcher darunterliegt. Also entscheiden wir uns, und das ist wieder die Gretchenfrage, legen wir die Grösse und Qualität fest oder den maximalen Preis. Und zur Frage betreffend den Nachtragskredit: Ein Nachtragskredit ist, wie schon der Name suggeriert, erst nachträglich bekannt, aufgrund der Verträge auch gar nicht anders möglich gewesen. Damit wir erst die Gesamtsumme ermitteln konnten, mussten diese Arbeiten zu Ende geführt werden. Zudem überschreitet die Summe die Kompetenz des Stadtrats, also ist der Antrag an euch gerichtet, nur ihr könnt darüber befinden.

Zum Saunabereich: Der separat beantragte Saunabereich kann voraussichtlich kostendeckend oder sogar mit einem leichten Gewinn betrieben werden. Deshalb sind wir auch am Betrieb interessiert, weil wir Synergien nutzen können. Der zweckmässige Saunabereich ohne unnötige Extras fügt sich optimal in den Badneubau ein. Die jetzigen hohen Besucherzahlen wurden nicht nur durch das Hallenbad, sondern durch das Sprudelbad generiert. Eine Sauna wäre eine zusätzliche Attraktivität, was sich auf die gesamte Anlage niederschlägt. Dies lässt sich auch an anderen Orten mit Sauna feststellen. Wir hatten die Ohren offen und der Wunsch nach einer Sauna wurde auch an uns herangetragen, deshalb finden wir, man soll auch das Volk darüber entscheiden lassen. Die Nutzergruppe der Sauna ist nicht zwingend das Publikum der Badi, da gehe ich einig mit der Aussage. Ja, aber es generiert uns auch mehr Gäste, welche vielleicht auch das Bad nutzen. Nun beisst sich die Katze schon wieder in den Schwanz – wir werden sehen.

Betreffend die Motion zu den Parkplätzen: Wir nehmen die Motionäre ernst und auch das Empfinden, das mit der Antwort verbunden ist. Wir haben versucht, die Gründe kurz und knapp in dieser Botschaft darzulegen. Im Durchschnitt besuchen pro Stunde rund 80 Personen das Bad. Dies entspricht der Anzahl der Parkplätze auf dem hinteren Badiparkplatz. Dadurch rechnen wir bei einer Einbindung dieser Abstellplätze zu Gunsten der Badi mit einer genügenden Abdeckung für unser Tagesgeschäft.

Dem weiteren Verlauf des Projekts begegnet die Stadt mit dem nötigen Respekt und begründeter Zuversicht. Die Verantwortlichen werden mit dem Projektmanagement alles daransetzen, die Steuermittel effizient und sparsam einzusetzen, dazu wurde bspw. auch schon im Architektenvertrag ein Anhang mit einem Organigramm des Planungsteams eingefügt. Dieses beinhaltet ein externes Kostenmanagement, welches die Finanzen jederzeit im Griff hat. Der Hallenbadneubau stellt ein Generationenprojekt dar, welches die Lebens- und Freizeitqualität unserer Stadt weiter voranbringt. Die Frauenfelderinnen und Frauenfelder schätzen und nutzen ihre Badi als attraktives Freizeitangebot inmitten der Stadt und wollen dies in erweitertem Rahmen auch in Zukunft

tun. Überdenken Sie bitte deshalb bei der Abstimmung mögliche Auswirkungen von Enthaltungen und Ablehnungen auf das Gesamtprojekt. Stimmen Sie bitte dem Nachtragskredit und auch den weiteren Anträgen zu und überweisen Sie damit das Geschäft dem Volk zur Abstimmung. Ich danke Ihnen und mit positiver Grundstimmung freue ich mich auch auf das Wettschwimmen.

**Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im eigenen Namen:** Ja, auch wir haben wie gesagt irgendwo in der Magengegend ein schlechtes Gefühl. Ob es nun von der Kröte oder vom Wein kommt, kann ich nicht sagen. Was ich aber ganz klar zurückweisen möchte, ist die Aussage, dass wir es falsch angegangen sind, wenn wir Vorgaben haben und den Preis nicht zu beachten hätten. Ich denke, wir haben beides zu beachten oder es war auf beides zu achten. Und wenn der Preis in die Höhe geht, dann muss man sagen, ob wir in diese oder in jene Richtung gehen. Und das wurde nie gemacht und ich glaube, daran stört sich der grösste Teil in diesem Saal nun. Das möchte ich dem Stadtrat, den Verantwortlichen mitgeben, insbesondere für zukünftige Projekte. Wie können wir das vermeiden? Ich weiss es auch nicht. Die Herangehensweise ist grundsätzlich korrekt. Wir haben einen Wettbewerb, daraus ziehen wir, was wir ziehen müssen, aber eben, wo wurde was miteingerechnet, wieso wurde es nicht miteingerechnet, wieso wurde der Perimeter geändert, wieso wurden Energiefragen nicht angetönt? Vielleicht müsste man für zukünftige Projekte eben eine Richtungsentscheidung dazwischen fällen. Wollen wir in die Richtung Geld oder wollen wir in die Richtung Design? Ich hoffe, dass wir daraus lernen können.

**Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP), Referent im eigenen Namen:** Geschätzter Herr Stadtrat Hugentobler, wir müssen da beim Nachtragskredit schon ein bisschen präzise sein. Wie der Name sagt, ist es ein Kredit, der nachträglich beantragt wird zum ordentlichen Kredit, aber explizit bevor neue Verpflichtungen eingegangen werden. Sie dürfen doch nicht Verträge abschliessen, die Ihre Finanzkompetenzen überschreiten. Das müssen Sie meines Erachtens vorher beachten. Und es ist auch klar so geschrieben, dass man das nicht machen darf. Natürlich haben Sie Planerverträge, aber wir haben auch ein Budget, das eingehalten werden muss. Und wenn das überschritten wird oder sobald das absehbar ist, dann muss der Nachtragskredit beantragt werden, bevor die Ausgaben getätigt werden. Da bin ich komplett anderer Ansicht, sonst könnten Sie ja beliebig neue Ausgaben tätigen und jederzeit einen Nachtragskredit beantragen und wir könnten nicht mal Nein sagen, weil Sie ja diese Verpflichtung eingegangen sind. Das ist auch das Argument, das ich heute höre. Wir können kaum Nein sagen, denn sonst haben wir Verträge gebrochen. Und das darf ja explizit nicht passieren. Sie dürfen keine Verträge eingehen, die Ihre Kompetenzen überschreiten, und meines Erachtens ist das hier passiert und darum werde ich diesen Nachtragskredit ablehnen.

**Gemeinderat Stefan Geiges (CVP), Referent im eigenen Namen:** Ich habe keine Freude am Nachtragskredit, ich bin ganz der Meinung, dass dies ein bisschen anders hätte laufen können. Aber darum geht es nicht. Als Bauunternehmer sage ich Ihnen folgende Situation: Stellen Sie sich vor, sie bauen das Hallenbad. Der Stadtrat hat noch gar keine Schlussrechnung, um einen Nachtragskredit zu stellen, er kennt die Zahlen gar noch nicht. Es ist gar nicht möglich, dass er die Zahlen kennt. Schon aus dem Gesetz heraus geht das nicht. Ich glaube, es ist klar, wenn der Stadtrat es hätte wissen können oder wissen müssen, bin ich auch der Meinung, hätte er sofort entscheiden müssen. Aber da bin ich jetzt wirklich auch der Meinung, das ist gar nicht möglich, dass er es vorher gewusst hat, denn er hat es wirklich gemacht, nachdem er die Summe hatte. Wenn er Verträge abgeschlossen hat, ist es ein anderes Thema. Sie können eine Autobahn bauen oder etwas, woran ihr Freude habt, nehmen wir die Kaserne Frauenfeld. Am Schluss gibt es eine Abrechnung und dann gibt es aus dieser Abrechnung heraus einen Nachtrag. Vorher weiss der Stadtrat und auch der Regierungsrat nicht, was noch offen ist und was nicht. Das ist das eine, was ich melden will, das zweite ist der Rückweisungsantrag von Andres Storrer. Ich schätze Andres Storrer sehr, ich finde das gut, was er gemacht hat und mutig, aber leider kann man so nicht politisieren. So geht es nicht. Wenn man so etwas umsetzen möchte, kann es nicht sein, dass wir heute Abend einen Antrag rasch hineinbringen und das so machen. Das ist nicht seriös, das ist nicht Verantwortung übernehmen gegenüber dem Volk, das macht man so nicht und ich

bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Denn dann hätte er vor drei Tagen das Telefon in die Hand nehmen, jeden anrufen und bei jeder Überzeugungsarbeit leisten müssen, dann hätte man sich anständig beraten können, wie es geht und wie es ist. Alle Fraktionen haben jetzt eine Meinung gebildet. Und sie haben diese Meinung mit allen Facetten aus dieser Diskussion gebildet. Ich bitte Sie, so weiterzufahren, wie Sie damals in der Fraktion gestimmt haben. Denn das kann es nicht sein. Auch wenn es eine gute Idee ist oder wir noch Sympathie haben, einfach hier drin umzukehren. Meine Damen und Herren, das ist ein Parlament mit Verantwortung für 25'000 Einwohnerinnen und Einwohner. So kann man nicht politisieren, so geht es nicht. Ich bitte Sie, den Antrag Storrer abzulehnen.

**Gemeinderat Andres Storrer (SVP), Referent im eigenen Namen:** Ich möchte Ihre Geduld nicht auf die Probe stellen, möchte mich für das nicht mustergültige Vorgehen entschuldigen. Ich habe – bin nicht mehr sicher ob drei Tage vorher oder mehr als drei Tage vorher – mit drei Fraktionspräsidenten über meine Haltung und meine Absichten gesprochen. Ich habe mit meiner eigenen Fraktion darüber gesprochen. Stimmt, den Antrag habe ich damals noch nicht in den Mund genommen, das war kein mustergültiges Vorgehen. Nichtsdestotrotz würde ich mich über die Unterstützung freuen. Es geht mir auch nicht darum, dass ich die Planungsarbeit von rund 1 Mio. Franken in den Kübel werfe, ich möchte nur gern noch die folgenden Informationen haben, bevor ich über 7 Mio. Franken plus oder minus entscheide. Das wäre eine Gegenüberstellung der beiden Projekte. Was kann das Hallenbad für 40 Mio., was jenes für 33 Mio. Franken? Dann wüsste ich gern, was die zeitlichen und finanziellen Auswirkungen wären, wenn wir uns für jenes für 33 Mio. Franken entscheiden würden. Und wie es hier auch schon angetönt wurde, wäre es vielleicht noch interessant, gewisse steuerliche Informationen zu den beiden unterschiedlichen Projekten zu haben. Sorry nochmals, es liegt vielleicht an meiner mangelnden Erfahrung mit dem Rückweisungsantrag. Ich habe ihn gestellt und freue mich über die Unterstützung.

**Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP):** Geschätzter Gemeinderat Storrer, besten Dank für Ihren Antrag. Ich war auch ein wenig überrascht, wenn ich das so formulieren darf. Auch ich finde es speziell, sagen wir es mal so. Die Gegenüberstellung der beiden Projekte ist schlichtweg unmöglich. Wir vergleichen Äpfel mit Birnen, wir vergleichen ein Hallenbad, wie es heute in etwa so dasteht, und wir vergleichen einen Neubau auf einem Stand der Technik von heute resp. mit einem erweiterten Angebot an Wasserfläche und Attraktivität. Also schlichtweg unmöglich, solch einen Vergleich herzuleiten. Was wir sagen können, wir können ein Bad konstruieren für 33 Mio. Franken. Das entspricht dann in etwa dem Bad, was wir bereits schon haben und wirft uns eigentlich dann auch wieder so in etwa zurück auf Feld 1 des «Leiterlspiels», weil wir schlichtweg von vorne beginnen. Es ist einfach nicht möglich, wenn wir in einem Projekt, das entwickelt wurde, einzelne Bausteine wieder herausnehmen und das Projekt so zerpfücken. 7 Mio. Franken einzusparen, ist schlicht undenkbar. Und die zeitlichen Unterschiede: Wählen Sie die Variante für eine Ablehnung aller Anträge, dann werden wir erst mal vertragsbrüchig, das mag gewissen Leuten unter Ihnen nicht so gefallen, aber das ist mal der erste Punkt. Der zweite Punkt ist, dass wir kein Projekt mehr haben, weil wir ein neues entwickeln müssen. Der dritte Punkt ist die Dachsanierung, die ansteht, die wir nicht einfach auf die lange Bank schieben können, möchten und wollen. Das steht an. Und wenn wir dann vor dem Punkt sind, dass wir das Hallenbad schliessen, weil das Dach nicht mehr zulässig ist, dann sind wir vielleicht im Vergleich zeitlich noch weiter hinten, als wir es jetzt sind. Also demzufolge für mich absolutes No-go, dieser Antrag und ich empfehle Ihnen, diesen Antrag abzulehnen.

**Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):** Schon ziemlich seit dem Anfang ist mit Gemeinderat Ralf Frei auch der 34. Gemeinderat anwesend, somit liegt das absolute Mehr bei 18.

#### *Beschlussfassung*

Der Rückweisungsantrag von Gemeinderat Andres Storrer wird mit 5 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag 1 wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei 12 Enthaltungen angenommen.

Antrag 2 wird gemeinsam mit Antrag 4 mit 26 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Antrag 3 wird gemeinsam mit Antrag 5 mit 21 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen angenommen.

Antrag 6 wird mit 2 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt.

**Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):** Da Sie den Antrag 2 und folgende angenommen haben, wird es folgendermassen vor sich gehen: Vorgehen für die Abstimmungsbotschaft: Auch dort ist es Pflicht, dass der Gegenstimme Raum einberaumt wird. Da kein Oppositionskomitee besteht, dem Stimmbürger jedoch auch die Gegenposition dargelegt werden soll, wird die Stadtkanzlei anhand der Voten dieser Sitzung die entsprechende Position zusammenfassen und der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen zur Vernehmlassung schicken. Diese hat danach Zeit bis Ende der Woche, also ein ziemlich kurzer Zeitplan, um sich entsprechend zu äussern, diese zu ergänzen oder entsprechend zu kritisieren. Die Abstimmungsbotschaft wird danach nächste Woche in Vernehmlassung an den Stadtrat gegeben.

Da der Antrag 6 abgelehnt wurde, wird die Beantwortung der Motion durch den Stadtrat gemäss Reglement in einer der nächsten Sitzungen vollzogen.

## 67

### **BOTSCHAFT NR. 13 BETREFFEND «ANPASSUNG DES ZONENPLANS IM BEREICH DER LIEGENSCHAFT NR. 50949, OBERWIESENSTRASSE SOWIE DER LIEGENSCHAFT NR. 50248, MAIHOLZSTRASSE»**

**Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):** Dem Gemeinderat wurde am 6. Juli 2020 vom Stadtrat die Botschaft Nr. 13 betreffend «Anpassung des Zonenplans im Bereich der Liegenschaft Nr. 50949, Oberwiesenstrasse sowie der Liegenschaft Nr. 50248, Maiholzstrasse» vorgelegt.

#### *Eintreten*

**Gemeinderat Michael Lerch (FDP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke:** Da wird einem bewusst, wie wichtig eine Zonenplanänderung ist, das Publikumsinteresse schwindet. Die GPK hat diese geplanten Umzonungen an ihrer Sitzung vom 10. August im Beisein von Stadtrat Andreas Elliker beraten. Beim Geschäft geht es darum, dass die beiden erwähnten Liegenschaften von der Wohnzone W3 bzw. Wohnzone W2b in die Zone für öffentliche Bauten und Anlagen überführt werden sollen. Zusätzlich ist über beide Grundstücke noch eine überlagernde Zone mit Gestaltungsplanpflicht vorgesehen. Die Umzonung ist notwendig, da die beiden Liegenschaften sich inzwischen im Eigentum der öffentlichen Hand befinden. Die Liegenschaft 50949 befindet sich heute im Eigentum der Primarschulgemeinde Frauenfeld, die Fläche ist für eine allfällige Erweiterung der Schulanlage Oberwiesen vorgesehen, die Liegenschaft 50248 steht im Eigentum des Staats Thurgau. Auf dieser Liegenschaft sollen zwei übereinanderliegende Einfachturnhallen für das Bildungszentrum Technik realisiert werden. Die entsprechende Botschaft wurde im Grossen Rat bereits behandelt. Das Eintreten zum Geschäft war in der GPK unbestritten.

**Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):** Eintreten ist unbestritten.

### *Detailberatung*

**Gemeinderat Michael Lerch (FDP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke:** In der Detailberatung wurde vor allem über das Bundesinventar für schützenswerte Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung (ISOS) gesprochen. Die beiden Grundstücke sind gemäss ISOS in der Umgebungszone mit dem Erhaltungsziel A, welches den Erhalt der Beschaffenheit, das Kulturland oder Freifläche hat. Diese Grundstücke sollen aber im Rahmen der inneren Verdichtung für öffentliche Interessen mit Bauten für die schulische Grundausbildung überbaut werden. Durch diese Auflage ist es aufgrund eines Thurgauer Verwaltungsgerichtsentscheids notwendig, dass für die beiden Liegenschaften vor deren Überbauung ein Gestaltungsplan erlassen wird. Die GPK war sich einig, dass dies bei diesen beiden Liegenschaften nahezu einem Schildbürgerstreich gleichkommt, da die öffentliche Hand als Bauherrin auftritt. Abklärungen durch das Departement Bau und Verkehr haben jedoch ergeben, dass auch bei Bauten von der öffentlichen Hand nicht darauf verzichtet werden darf. Aus Sicht der GPK wäre das wieder einmal ein Beispiel, wieso es bis zu einer Baubewilligung oft sehr lange dauert. Durch ISOS wurde einmal mehr vom Bund her die Freiheit von Kanton und Gemeinden in Bezug auf die bauliche Entwicklung eingeschränkt, indem im Auftrag des Bundesrats das Bundesinventar für die ganze Schweiz erstellt wurde und durch diesen nach Anhörung der Kantone verabschiedet wurde. Trotz diesem Ärger stimmte die GPK dem Antrag auf Umzonung einstimmig zu. Wir empfehlen Ihnen, das auch zu tun.

**Gemeinderat Stefan Leuthold (GLP), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:** Die Fraktion CH/GP/GLP bedankt sich für die stadträtliche Botschaft Nr. 13 zur Überführung der Parzellen 50949 und 50248 in die Grundnutzungszone für öffentliche Bauten und Anlagen. Dazu von unserer Seite sechs Punkte:

1. Die Parzelle 50949 grenzt an die bestehende Schulanlage Oberwiesen an. Sie bietet damit der Primarschulgemeinde die Gelegenheit zur späteren Erweiterung ihrer Anlage. Die Umzonung in die öffentliche Zone macht Sinn und zeugt von einer langfristigen, vorausschauenden Planung.
2. Auf der Parzelle 50248 plant das Kantonale Bildungszentrum für Technik die Erstellung von zwei übereinanderliegenden Schulsportturnhallen. Aus Sicht des Kantons ist diese Lösung zweckmässig, die Parzelle wird haushälterisch genutzt und bietet sogar die Option zu einer späteren Erweiterung mit einer dritten Halle. Die Thurgauer Bevölkerung wird am 29. November 2020 über den Kredit zum Bau der beiden Turnhallen abstimmen. Hoffen wir auf ein positives Resultat.
3. Mit den beiden neuen Schulsportturnhallen wird der Bildungsstandort Frauenfeld aufgewertet und die Attraktivität des BZT erhöht. Darüber hinaus stehen die Turnhallen ausserhalb des Schulunterrichts auch den lokalen Vereinen zur Verfügung. Auch dies ist ganz in unserem Sinn.
4. Obwohl es die Grösse der Fläche zulassen würde, ist auf der Parzelle 50248 keine Dreifachturnhalle geplant. Eine Dreifachturnhalle würde viele Grossanlässe mit entsprechend hohem Verkehrsaufkommen anziehen und dafür wäre die Lage der Halle mitten im Wohnquartier äusserst ungeeignet.
5. Apropos Verkehr: Hier sehen wir den einzigen kritischen Punkt der Vorlage. Die Nutzung der Turnhallen durch Vereine ausserhalb der Schulzeiten wird mit grosser Wahrscheinlichkeit zusätzlichen motorisierten Individualverkehr anziehen mit entsprechender Auswirkung auf die Parkplatzsituation in den angrenzenden Quartierstrassen. Um dies zu vermeiden, empfehlen wir den Verantwortlichen die frühzeitige Erstellung eines geeigneten Konzepts.

6. Die beiden Parzellen unterliegen nach ihrer Umzonung in ihrer Gesamtheit der Gestaltungsplanpflicht. Wir haben es vorhin gehört. Ob dies nötig ist oder nicht, darüber gingen auch in unserer Fraktion die Meinungen auseinander. Letztlich hat sich eine knappe Mehrheit positiv dazu ausgesprochen.

Die Fraktion CH/GP/GLP befürwortet einstimmig die Anträge zur Anpassung des Zonenplans.

**Gemeinderat René Gubler (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Ich verlese das Referat von Christian Mader. Die Fraktion SVP/EDU dankt den Verantwortlichen für die ausführliche Botschaft. Die Umzonung der beiden Parzellen ist in unserer Fraktion unbestritten. Im Richtplan Siedlung der Stadt Frauenfeld, Kapitel 7.1 Gebiete für öffentliche Bauten und Anlagen und 7.2 Mögliche Standorte für Schulanlagen ist diese Umzonung schon vorgesehen. Der Kanton braucht Land für zwei Turnhallen, da die weitere Benutzung der Militärsporthalle unsicher ist und die Kantihalle mühsame Wege verursacht. Der neue Standort ist nur drei Gehminuten vom BZT entfernt. Der Bau von zwei Einfachhallen wurde vom Kanton so geplant, dass mitten im Wohnquartier keine zu grossen Veranstaltungen mit unerwünscht hohen Lärmemissionen stattfinden können. Die beiden Hallen wären, wenn fertig erstellt, gemäss BZT zu 85 % ausgelastet. Für die Schule Frauenfeld dient das Land als Reserve, zum Beispiel für einen allfälligen Ausbau der Anlage Oberwiesen. Einziges störendes Element der Vorlage ist der vorgesehene Gestaltungsplan. Dieser ist teuer, weil Stadt und Kanton sinnlos beschäftigt werden. Zu was dient ein Gestaltungsplan? Der Gestaltungsplan ist eine Spezialbauordnung, mit welchem Zahl, Lage, äussere Abmessungen, Nutzweise und Zweckbestimmungen der Bauten bindend festgelegt werden. Genau diese Kriterien waren Vorgabe des Architekturwettbewerbs beim Projekt Doppelturnhalle, darum völlig unnötig, da ja eine Schule ohnehin diverse Vorgaben zu erfüllen hat und entsprechend umsichtig plant. Eine Gestaltungsplanpflicht ist umso erstaunlicher, da das Projekt Doppeltturnhalle bereits durch den Kantonsrat abgesegnet wurde. Die Fraktion SVP/EDU wird dem Antrag des Stadtrats einstimmig zustimmen.

**Gemeinderätin Renate Luginbühl (EVP), Referentin im Namen der Fraktion CVP/EVP:** Unsere Fraktion hat die Botschaft durchberaten und auf den ersten Blick scheint alles klar zu sein. Die Primarschule, die ein an die Schulanlage Oberwiesen angrenzendes Grundstück erwerben konnte, möchte die bestehende Zone für öffentliche Bauten und Anlagen mit dieser Liegenschaft erweitern. So schafft sie Reserveflächen, hier sogar mit einem sehr guten Standortvorteil. Der Kanton Thurgau, Eigentümer der angrenzenden Liegenschaft, beantragt ebenfalls eine Umzonung von Wohnzone in Zone für öffentliche Bauten und Anlagen. Auf dieser Fläche sollen zwei übereinanderliegende Sporthallen hauptsächlich für das Bildungszentrum Technik erstellt werden. Wir sehen in der Umzonung kein Problem. Wir sind jedoch der Meinung, dass es nicht nötig wäre, das Gebiet mit einer überlagerten Zone mit Gestaltungsplanpflicht zu versehen. Es wird teuer und ist im vorliegenden Fall unnötig, wir haben keinen Mehrnutzen. Die Schulen planen umsichtig und das Turnhallenprojekt wurde durch den Kanton ja bereits abgesegnet. Wir stimmen der Umzonung trotzdem zu.

**Gemeinderat Michael Lerch (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP:** Die FDP-Fraktion hat das Geschäft beraten und ist zum Schluss gekommen, dass aufgrund der künftigen Nutzung für Bildungsbauten eine Umzonung sinnvoll und notwendig ist. Wie die GPK hat auch die Fraktion FDP Mühe mit der Gestaltungsplanpflicht, welche für die umzuzonenden Grundstücke vorgeschrieben wird. Wir erachten es in diesem Fall als Schikane, auch wenn uns bekannt ist, dass nicht jeder Gestaltungsplan extrem aufwendig und einschränkend sein muss. Fakt ist aber, dass ein zusätzliches Verfahren durchgeführt werden muss, Planer und Verwaltung beschäftigt werden, ohne in diesem Fall einen Mehrwert zu erkennen. Wenn es im vorliegenden Fall um mehre-

re private Eigentümer ginge, die dieses Land in der Wohnzone überbauen wollen, wäre die Situation natürlich eine andere und eine Gestaltungsplanpflicht nachvollziehbar und sinnvoll. Dass hier eine Gestaltungsplanpflicht bestehen soll, hat seine Ursache bei der Einstufung in die Umgebungszone mit Erhaltungsziel A, welche den Erhalt, die Beschaffenheit, das Kulturland oder Freifläche hat. Das Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung (ISOS) wurde durch den Bundesrat erlassen, ich habe es bereits erwähnt. Aus Sicht der FDP-Fraktion handelt es sich dabei einmal mehr um eine Einschränkung der Gemeindeautonomie und vor allem um unnötige Bürokratie. Das ISOS-Inventar von Frauenfeld umfasst sage und schreibe 55 Seiten, die Zusammenstellung könnt ihr auf der Seite des Bundes einsehen. Die Fraktion wird der Umzonung aber trotzdem zustimmen, allerdings mit grossem Zähneknirschen.

**Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP:** Auch die SP-Fraktion ist einstimmig für diese Umzonung, darüber mussten wir eigentlich nicht lange nachdenken. Der Kanton hat Bedarf angemeldet und auch die Primarschule ist froh über diese Reserve. Zum Thema des Gestaltungsplans haben auch wir uns unterhalten. Meine persönliche Meinung ist, da muss man allenfalls auch das Präjudiz beachten. Klar, es ist die öffentliche Hand, wenn aber sonst jemand kommt und sagt, ich gehe auch haushälterisch mit dem Land um, wieso muss ich einen machen, aber ihr nicht, dann kann das auch zu Problemen führen.

**Stadtrat Andreas Elliker (SVP):** Ich möchte es kurz machen. Es wurde eigentlich alles gesagt. Ich kann Ihre Voten verstehen, dass Sie verärgert sind wegen des Gestaltungsplans. Ich sage es kurz. Wir machen da Dienst nach Vorschrift. Wir haben das nochmals juristisch nach der GPK abgeklärt, damit wir da richtig liegen. Wir sind der Ansicht, wir müssen das vorbildlich so machen. Wir stehen halt in der Achse von Bund und Kanton und dann kommt die Gemeinde. An das musste ich mich auch als Stadtrat gewöhnen und danke Ihnen für das Wohlwollen und die mögliche Zustimmung.

#### *Beschlussfassung*

Der Antrag des Stadtrats wird einstimmig angenommen.

**Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):** Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum der Stimmberechtigten nach Art. 4 des Baureglements bzw. Art. 32 der Gemeindeordnung. Die Referendumsfrist beginnt am 17. September 2020 und endet am 2. November 2020.

Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 28. Oktober 2020 um 18 Uhr statt. Mein Dank geht an Sie für das Verständnis für die Verzögerung, für das aktive Mitdiskutieren, an Giuseppe D'Alelio für die Unterstützung und Vorbereitung sowie an die Stadtkanzlei. Ich erkläre die heutige Gemeinderatssitzung für geschlossen und wünsche Ihnen einen schönen restlichen Abend.

- - -

Schluss der Sitzung: 20:30 Uhr

\* \* \*

